

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

18. Sitzung
am Mittwoch, dem 5. März 1997, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)
Jürgen Weber (SPD)
Klaus-Dieter Müller (SPD)
Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende
in Vertretung von Birgit Küstner

in Vertretung von Helmut Plüschau

Ulrike Rodust (SPD)
Bernd Schröder (SPD)
Uwe Eichelberg (CDU)
Silke Hars (CDU)
Martin Kayenburg (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Frauke Walhorn (SPD)
Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Anwesende

Siehe Anlage

Tagesordnung

- 1. Sachstandsbericht des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr zur Schiffsöleentsorgung**
- 2. Bericht des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr über Initiativen der Landesregierung zum Erhalt des Duty-free-Verkaufs**
- 3. Bericht zur EXPO 2000**
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/384
- 4. Förderung sozialer Wirtschaftsbetriebe**
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/400
- 5. Stärkung der Integration des Güterverkehrs**
Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/454
- 6. Resolution zur Wiedereröffnung der Marschbahn**
Antrag der Abgeordneten des SSWDrucksache 14/471
- 7. Ausschreibung von ÖPNV-Leistungen**
- 8. Verschiedenes**

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Ausschuß behandelt zunächst

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht zur EXPO 2000

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/384

(überwiesen am 12. Dezember 1996 an den Wirtschaftsausschuß, den
Finanzausschuß und den Umweltausschuß zur abschließenden Beratung)

Herr Dr. Pröhl informiert den Ausschuß auf der Grundlage der von der Landesregierung aufgeführten Daten und Fakten über den aktuellen Stand der Vorbereitung für die Beteiligung Schleswig-Holsteins an der EXPO 2000. Er teilt mit, daß inzwischen ein fast fertig ausgehandelter Gesellschaftervertrag für den deutschen Pavillon vorliege, so daß in Kürze mit der inhaltlichen Gestaltung und Organisation begonnen werden könne. Eine noch zu klärende Frage sei die den Ländern zugebilligte Standfläche im Pavillon. Die bisher zugewiesene Quadratmeterzahl reiche nicht aus, um eine dauerhafte und signifikante Vertretung des Landes zu gewährleisten. In diesem Punkt müsse deshalb noch nachverhandelt werden.

Er berichtet weiter, daß in dem landesweiten Auswahlverfahren für die dezentralen Projekte des Landes Schleswig-Holstein elf Vorschläge ausgewählt worden seien, über deren Realisierung Anfang April 1997 eine Bundesjury entscheiden werde. Einzelne zusätzliche Projekte aus den Bereichen Medizintechnik, Maritime Technologie und Konversion würden noch überprüft. - Auf eine Nachfrage von Abg. Kayenburg erklärt er, daß alle von der Landesjury ausgewählten Projekte gute Chancen hätten, auch von der Bundesjury zugelassen zu werden.

Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Präsentation Schleswig-Holsteins auf der EXPO 2000 unterrichtet Herr Dr. Pröhl den Ausschuß darüber, daß zur Zeit die Ausschreibung für das Image- und Profilierungskonzept vorbereitet werde. Wichtig sei es, daß man ein wissenschaftlich belastbares Ergebnis erhalte. Diese Zielsetzung sei auch bei der inhaltlichen Gestaltung des Konzeptes von entscheidender Bedeutung.

Im folgenden berichtet er über die geplante Koordinierung touristischer Angebote Schleswig-Holsteins im Rahmen der EXPO 2000 und betont unter anderem, die unabdingbare Voraussetzung dafür sei ein adäquates Verkehrsangebot zwischen Schleswig-Holstein und

Hannover, zum Beispiel in Form eines Shuttles. Diese verkehrstechnischen Voraussetzungen könnten nur mit professioneller Hilfe und durch Zusammenarbeit aller Beteiligten realisiert werden.

Abschließend geht Herr Dr. Pröhl noch auf die Finanzierung der Projekte ein, die zum großen Teil aus Landesmitteln und Sponsorengeldern erfolgen solle. Erst nach Klärung der rechtlichen Frage über die Nutzung und Vermarktung eines Hannoveraner Logos zur EXPO 2000 könne verstärkt versucht werden, Sponsoren zu gewinnen. Zur Lösung dieses Problems sei in nächster Zeit ein Konzept der Hannover EXPO GmbH zu erwarten, das die Lizenzvergabe an dem Logo festlege. Man bemühe sich weiter, durch die Lizenzvergabe der Eintrittskarten über ein "Call-Center" in Schleswig-Holstein einen Teil der Kosten zu erwirtschaften.

In der sich anschließenden Aussprache beantwortet Herr Dr. Pröhl unter anderem Fragen des Abg. Kayenburg zur Zusammensetzung der Landesjury und zur Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedern. Man habe versucht, die Jury möglichst unpolitisch zu besetzen. Deshalb habe man darauf verzichtet, Mitglieder des Landtages mit einzubeziehen. Mit Herrn Buse sei vereinbart worden, daß er als Ansprechpartner für Sponsoren fungieren und ausschließlich für deren Anwerbung und Betreuung zuständig sein solle.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen hierüber für abgeschlossen. Herr Dr. Pröhl wird gebeten, den Ausschuß auch weiterhin über die Entwicklungen bezüglich der EXPO auf dem laufenden zu halten.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr zur Schiffsöleentsorgung

M Steinbrück trägt dem Ausschuß den aktuellen Sachstand bei der Schiffsöleentsorgung vor. Er informiert ihn über die verschiedenen bisher praktizierten Modelle und die Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts zur Umsetzung der "Helsinki-Empfehlung" in der Bund-Küstenländer-Arbeitsgruppe Schiffsentsorgung. Sie schlägt die Einführung eines internationalen wettbewerbsneutralen "Non-special-fee-Systems" vor. Die Bundesregierung setze sich zur Zeit dafür ein, daß dieser Vorschlag auch in der EU-Kommission erörtert und im Kreis der Nordseeanrainerstaaten verbreitet werde. Aus der Sicht Schleswig-Holsteins sei die Einführung zu begrüßen. Wichtig für die Häfen im Lande und ihre Wettbewerbsfähigkeit sei es, daß die Entsorgungsgebühren nicht auf die Hafengebühren aufgeschlagen würden; dem würde durch Einführung des vorgeschlagenen Systems Rechnung getragen werden.

Im folgenden stellt M Steinbrück das Konzept des "Non-special-fee-Systems" inhaltlich vor. Er führt aus, daß die Entsorgungsgebühren der Schiffe auf der Grundlage ihrer Maschinenleistung bemessen werden sollten und diese von ihnen bei Ankunft im Hafen neben den Hafengebühren zu bezahlen seien. Eine Befreiung von dieser Pauschale sei in Einzelfällen möglich, zum Beispiel bei Schiffen mit geregelter Entsorgung. Die Wettbewerbsneutralität und eine ausreichende Kontrolle sollten über den Datenaustausch zwischen den Häfen, einzelnen Kontrolluntersuchungen an Bord der Schiffe selbst und durch die zeitgleiche Einführung des Systems in allen Nord- und Ostseehäfen gewährleistet werden.

M Steinbrück macht deutlich, daß er mit einer erfolgreichen Einführung dieses Systems rechne. - Auf eine Nachfrage von Abg. Kayenburg an dieser Stelle erwidert er, daß er zwar Umweltminister Steenblock verstehen könne, der mit der Einstellung von Haushaltsmitteln für den Fall vorsorge, daß man bei dem alten System bleiben müsse, daß damit aber jeder Druck zur Einführung des neuen Systems genommen werde.

Abschließend erklärt M Steinbrück, die durch die Einführung des "Non-special-fee-Systems" entstehenden Verwaltungsaufgaben sollten durch die Hafenbehörden übernommen werden; die damit einhergehenden Kosten müßten mit in die Gebührenpauschale einfließen. Zusätzliche Kosten für das Land würden so nicht entstehen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr über
Initiativen der Landesregierung zum Erhalt des Duty-free-Verkaufs**

M Steinbrück nimmt Bezug auf den Landtagsbeschluß vom 12. Dezember 1996, in dem der Landtag die Landesregierung aufgefordert habe, sich weiterhin für eine Verlängerung des Duty-free-Verkaufs einzusetzen. Auf der Grundlage eines Beschlusses des EU-Finanzministerrates sei bekanntlich ursprünglich beschlossen worden, den Tax-free-Handel, wie es korrekter heißen müsse, 1992 auslaufen zu lassen. Danach sei diese Frist dann bis Mitte 1999 verlängert worden. Wollte man diesen so gesetzten Zeitpunkt revidieren, seien ein einheitliches Votum im EU-Finanzministerrat sowie auch eine entsprechende Initiative der EU-Kommission erforderlich.

M Steinbrück verweist im folgenden auf die große und vor allem beschäftigungspolitische Bedeutung des Duty-free-Handels und betont, daß ein Verbot fatale beschäftigungspolitische Auswirkungen hätte, die insbesondere die strukturschwachen Regionen treffen würden. Der Wegfall des Tax-free-Handels beträfe nicht nur die Ausflugschiffahrt, sondern hätte auch weitergehende Konsequenzen. Nach Untersuchungen seien allein im Luftverkehr in Europa etwa 100.000 Arbeitsplätze damit verbunden. Im Schiffsverkehr handele es sich in Deutschland um etwa 5.700 Arbeitsplätze, die von einem Verbot direkt betroffen würden; davon könnten in den norddeutschen Küstenländern etwa 3.000 Arbeitsplätze unmittelbar verlorengehen.

Mitte Februar habe er, M Steinbrück, Vertreter des Verbandes Deutscher Reeder, des Zentralverbandes Deutscher Seehäfen, des Duty-free-Verbandes, der Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Häfen und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Flughäfen zum Meinungsaustausch und zur Beratung der Lage eingeladen. Darüber hinaus gingen seine Initiativen auch in Richtung seiner nordeuropäischen Kollegen in Norwegen, Finnland, Schweden und Dänemark.

Zum weiteren "Fahrplan" verweist er sodann auf folgende Treffen, die sich ebenfalls mit dem Thema des Duty-free-Handels befassen werden: Wirtschaftsministerkonferenz in Kiel am 20./21. März, Sonderwirtschaftsministerkonferenz in Kiel am 11. April, nordeuropäische Verkehrsministerkonferenz in Berlin am 21./22. April sowie zuvor, am 16. April, bereits ein Besuch in Brüssel, um dort mit den Vertretern der Kommission über dieses Thema zu reden. Darüber hinaus plane er einen Parlamentarischen Abend für den 12. Mai in Bonn, zu dem vor allem die Spitzen des Wirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums in Bonn eingeladen werden sollten. Er wäre sehr dankbar - so fährt M Steinbrück fort -, wenn sich auch die

Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages in diesen Parlamentarischen Abend einbringen könnten.

Abschließend betont M Steinbrück, daß die Reedereien spätestens bis Oktober 1998 Gewißheit haben müßten, ob es den Tax-free-Handel ab dem 1. Juli 1999 noch geben werde.

In der folgenden kurzen Aussprache verweist die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, auch auf eine Anhörung der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg zu diesem Thema. In der Einschätzung der Bedeutung des Duty-free-Handels auch für die Arbeitsmarktsituation in Schleswig-Holstein besteht im Ausschuß Einvernehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Förderung sozialer Wirtschaftsbetriebe

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/400
(überwiesen am 12. Dezember 1996 an den Sozialausschuß
und den Wirtschaftsausschuß)

Nach einer kurzen Diskussion entspricht der Ausschuß einmütig dem Vorschlag von Abg. Hentschel, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Es soll zunächst das Ergebnis der für morgen terminierten Behandlung der Vorlage im Sozialausschuß abgewartet werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Stärkung der Integration des Güterverkehrs

Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/454

(überwiesen am 24. Januar 1997)

M Steinbrück erklärt unter anderem, daß die Landesregierung auch für Schleswig-Holstein ein regionales Güterverkehrskonzept erstellen werde. Er bitte aber angesichts der Ressourcen seines Hauses um Verständnis, daß man mit einer entsprechenden Vorlage erst in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode an den Landtag herantreten werde. Mit Blick auf die im Rahmen der ersten Lesung der Vorlage geführte Diskussion betont M Steinbrück sodann, daß hier gewünschte Veränderungen nur mit Hilfe konkreter Investoren möglich sein würden. Diese Investoren würden sich schlicht und einfach an der Bewertung von Preisen und Kosten ausrichten. Würde man davon abgehen, bedeutete dies, daß die öffentliche Hand in die Finanzierung eintreten müßte. Dies sei angesichts der Haushaltslage jedoch unrealistisch. Der entscheidende Punkt sei dann die Frage, wie Rahmenbedingungen so verändert werden könnten, daß sich die relativen Preise und Kosten zugunsten von Verkehren, wie man sie in einer Strukturveränderung für notwendig erachte, gestalten ließen. Das betreffe dann die Themen "Tarife" und "Steuern".

Abg. Eichelberg hebt im folgenden hervor, daß der vorliegende Antrag Drucksache 14/454 an der Realität vorbeigehe. Die heute gegebenen Fakten machten eine wesentliche Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene nahezu unmöglich.

Abg. Kayenburg spricht sich im Rahmen der Aussprache dafür aus, die abschließende Behandlung des Tagesordnungspunktes bis zur Vorlage des von M Steinbrück angekündigten regionalen Güterverkehrskonzeptes zurückzustellen und den Antrag dann anhand der in einem solchen Konzept aufzuführenden Möglichkeiten inhaltlich zu diskutieren. Sollte von der antragstellenden Fraktion jedoch heute schon eine abschließende Behandlung der Vorlage im Wirtschaftsausschuß präferiert werden, könnte die CDU den im ersten Absatz formulierten Grundsatz mittragen, wenn man darin auch eine eindeutige Aussage bezüglich der Finanzierung und der Form der Einbindung des Landes vermisse. Dem ersten Satz des zweiten Absatzes könne die CDU ohne Einschränkung zustimmen, den weiteren Formulierungen im zweiten Absatz jedoch auf keinen Fall. Wenn sich nämlich der Schleswig-Holsteinische Landtag für eine verstärkte Integration des Güterverkehrs auf Straße und Schiene ausspreche, müsse auch klar gesagt werden, in welcher Form das geschehen solle.

Auf Antrag der SPD, modifiziert durch den Antrag von Abg. Kayenburg, über die beiden Absätze der Vorlage getrennt abzustimmen, stellt die Vorsitzende die Drucksache 14/454 zur Abstimmung. Der erste Absatz wird dem Plenum einstimmig zur unveränderten Annahme empfohlen; der zweite Absatz wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. mit Mehrheit dem Landtag zur Annahme vorgeschlagen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Resolution zur Wiedereröffnung der Marschbahn
Antrag der Abgeordneten des SSWDrucksache 14/471
(überwiesen am 24. Januar 1997)

Abg. Spoorendonk möchte von M Steinbrück wissen, wie er zu der Aussage des Prokuristen der "Nordfriesischen Verkehrsbetriebe" stehe, die Strecke Niebüll - Tondern für den Güterzugverkehr wieder in Betrieb zu nehmen. - M Steinbrück erklärt, daß er es begrüßen würde, wenn die NVAG die Strecke für den Güterverkehr wiedereröffnete. Er weist aber darauf hin, daß die Wiedereröffnung für den Personenverkehr erhebliche Investitionen durch das Land voraussetze würde, die sich zur Zeit nicht rechneten. Deshalb könne diesem Projekt keine Priorität eingeräumt werden.

In der anschließenden Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/471 spricht der Ausschuß bei einer Enthaltung von der CDU die Empfehlung an den Landtag aus, den Antrag unverändert anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Ausschreibung von ÖPNV-Leistungen

Abg. Kayenburg weist darauf hin, daß gegenwärtig in einer Vielzahl von Städten und Zweckverbänden Ausschreibungen bezüglich ÖPNV-Leistungen anstünden. Er spricht ganz konkret den ÖPNV im Kreis Steinburg an und weist darauf hin, daß dort die Absicht bestehe, die Leistungen europaweit auszuschreiben, obwohl - wie man gehört habe - die Rechtslage nicht ganz geklärt sei. Aus diesem Grund habe die CDU-Fraktion auch einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Wenn heute aufgrund der Stellungnahme des Ministeriums deutlich werde, daß es nach der derzeitigen Rechtslage für europaweite Ausschreibungen keinen Diskussions- oder Handlungsspielraum gebe beziehungsweise die rechtliche Situation zur Zeit noch nicht geklärt werden könne, werde die CDU-Fraktion ihren Antrag unter Umständen zurückziehen. Erforderlich sei dann aber auch, daß die Landesregierung auf die jeweiligen Behörden dahin gehend einwirken würde, daß sie zur Zeit, solange die Rechtslage nicht eindeutig sei, von diesen europaweiten Ausschreibungen absehen mögen.

M Steinbrück erklärt, daß es sich hier um eine diffizile Angelegenheit handele, die auch nicht ganz frei von Widersprüchen sei. Das Land habe in seinem ÖPNV-Gesetz sehr bewußt die Aufgabenträgerschaft für die Organisation des ÖPNV auf der Straße in die Zuständigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften gelegt. So gesehen sei die Landesregierung nicht der richtige Adressat für den von der CDU-Fraktion eingereichten Antrag; das gelte insoweit auch für den Landtag. Zuständig seien - bezogen auf den von Abg. Kayenburg angesprochenen Kreis Steinburg - vielmehr der Kreistag beziehungsweise der Landrat.

Soweit man die europarechtliche Problematik in seinem Haus bisher prüfen konnte - so fährt M Steinbrück fort -, gebe es auf der Ebene der Europäischen Union eine Tendenz dahin, daß auch der ÖPNV von einem solchen gemeinwirtschaftlichen Interesse sei, daß er von den Regulierungen des gemeinsamen Binnenmarktes nicht ausgeschlossen werden solle und so zunehmend auch europäischen Richtlinien unterliegen solle. Bisher sei der ÖPNV jedoch solchen einschlägigen Richtlinien noch nicht zugeordnet, und die EU beabsichtige nach heutigen Informationen auch keine spezielle Verordnung dazu. Auf EU-Ebene prüfe man allerdings, ob eine Dienstleistungsrichtlinie darauf ausgelegt werde, wie die Vergabe gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen demnächst zu behandeln wäre. An abschließenden Stellungnahmen aus Brüssel fehle es jedoch. Dieser Sachstand führe zu der Schlußfolgerung, daß öffentliche Nahverkehrsleistungen in einer kommunalen Gebietskörperschaft wie dem Kreis Steinburg nicht europaweit ausgeschrieben werden müßten. Der Landrat dürfe die Leistungen zwar europaweit ausschreiben, aber er sei dazu vom europäischen Recht her nicht

gezwungen. Ihm, M Steinbrück, fehle für ein solches Vorhaben des Landrates auch jegliches Verständnis; aber er könne hier nur auf die kommunale Selbstverwaltung verweisen.

Die Vorsitzende erklärt, die CDU-Fraktion werde umgehend mitteilen, ob sie ihren Antrag Drucksache 14/566 aufgrund dieser Stellungnahme der Landesregierung zurückziehe.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Hars erinnert an ihre Bitte an das MWTV, eine Liste der geförderten kommunalen Vorhaben im Radwegebau (laufende und neue Vorhaben) vorzulegen. - M Steinbrück erwidert, diesem Wunsch werde im Rahmen einer Vorlage zu kommunalen Straßenbauvorhaben, die aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes gefördert würden, in den nächsten zwei, drei Wochen nachgekommen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Schmitz-Hübsch
Vorsitzende

gez. Neil
Geschäfts- und Protokollführer